

Euro-Reform-Monitor

Reformpolitik
und Haushaltssanierung
unter der Lupe

2016



DIHK

AHK

Deutsche
Auslandshandelskammern

Copyright Alle Rechte liegen beim Herausgeber. Ein Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.

Herausgeber © Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V. | Berlin | Brüssel

DIHK Berlin:

Postanschrift: 11052 Berlin | Hausanschrift: Breite Straße 29 | Berlin-Mitte
Telefon (030) 20 308-0 | Telefax (030) 20 308 1000

DIHK Brüssel:

Hausanschrift: 19 A-D, Avenue des Arts | B-1000 Bruxelles
Telefon ++32-2-286 1611 | Telefax ++32-2-286 1605

Internet: www.dihk.de

Redaktion Dr. Dirk Schlotböller, schlotboeller.dirk@dihk.de
Dr. Ilja Nothnagel, nothnagel.ilja@dihk.de

Stand September 2016

Euro-Reform-Monitor

Die Eurozone befindet sich aktuell noch in einer Phase der Reformrendite. Die Euro-Staaten haben in den letzten Jahren viele Anstrengungen unternommen, viele wirtschaftsstärkende Reformen umgesetzt und ihre staatlichen Ausgaben eingedämmt. Hier zeigt sich ein wirtschaftliches Erfolgsmuster: Eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit belebt die Exporte, das zieht höhere Investitionen und Beschäftigung nach sich. In der Folge legen dann auch die Konsumausgaben wieder zu.

Einige Länder stehen heute sogar deutlich besser da, als vor der Finanzmarktkrise der Jahre 2008/2009. In Irland liegt die Wirtschaft bereits knapp 40 Prozent über Vorkrisenniveau. Auch in Frankreich liegt die wirtschaftliche Tätigkeit und die Beschäftigung höher als damals, freilich war hier der Rückgang auch nicht so stark wie anderswo. Die griechische Leistungsbilanz ist ebenso wie die portugiesische und die französische mittlerweile ausgeglichen. Spanien, Italien und Irland liefern mittlerweile sogar mehr ins Ausland als sie importieren. Die Lohnstückkosten in Griechenland, Irland und Spanien sind gesunken und die preisliche Wettbewerbsposition entsprechend gestiegen, in Portugal sind sie seit 2008 nur um zwei Prozent gestiegen, in Italien um zehn Prozent und in Frankreich um zwölf Prozent. Zum Vergleich: In Deutschland sind die Lohnstückkosten seit 2008 um 18 Prozent gestiegen.

Damit hat sich die Eurozone erst einmal aus dem Größten herausgearbeitet. Doch es besteht die Gefahr, die Erholung nunmehr als Selbstläufer anzusehen. Portugal hat einige Reformmaßnahmen wieder rückgängig gemacht, die die Wirtschaft spürbar entlastet hatten und damit positiv zur Leistungsfähigkeit beigetragen haben. Dazu zählt z. B. die Wiedereinführung von vier Feiertagen. Noch immer gelingt es trotz niedriger Zinsen nicht, die ohnehin schon flexiblen Regeln des Stabilitätspakts einzuhalten – gleiches gilt für Spanien. Zur sich damit wieder verschlechternden Verschuldungssituation kommen für Staaten in Europa die Herausforderungen durch die Flüchtlingskrise und den Brexit. Derzeit werden diese und andere Belastungen noch vom günstigen Öl, dem relativ schwachen Euro und den niedrigen Zinsen aufgefangen. Diese Sonderfaktoren wirken 2017 allerdings nicht mehr so stark. Das Wachstumstempo in der Eurozone von 1,5 Prozent im Jahr 2016 dürfte 2017 daher kaum zu halten sein.

Der Euro-Reform-Monitor zeigt, welche Länder welche Schritte unternommen haben und planen sowie die wichtigsten Ergebnisse. Der DIHK hat die Übersicht mit Unterstützung der Deutschen Auslandshandelskammern (AHKs) zusammengestellt.



Portugal

1. Zusammenfassung:

- Portugal hat Rettungsschirm im Mai 2014 verlassen, IWF-Kredite in Höhe von 26 Mrd. Euro werden vorzeitig getilgt
- Wachstum bereits seit Anfang 2013, Leistungsbilanz ausgeglichen, Arbeitslosigkeit geht weiter zurück
- Kürzungen bei Ausgaben der öffentlichen Verwaltung (Gehälter, Pensionen, Zuschläge)
- Erhöhung des Renteneintrittsalters
- Mehrwertsteuererhöhung von 21 auf 23 %
- aber: Wiedereinführung der 4 abgeschafften Feiertagen, die 2013 abgeschafft worden sind; Erhöhung des Mindestlohns; im öffentlichen Dienst wieder höhere Steigerungen von Gehältern und Pensionen

2. Bisheriges Ergebnis:

Portugal hat Rettungsschirm im Mai 2014 verlassen, IWF-Kredite in Höhe von 26. Mrd. werden vorzeitig getilgt
Wachstum

- 2015: +1,5 %, +2,4 % ggü. Tiefststand (2013), -5,6 % ggü. Vorkrisenhöchststand (2008)
- Prognose IWF: 2016 +1,4 %, 2017: +1,3 %

Außenhandel

- Export 2015: +5,2 % ggü. Vorjahr; +41,8 % ggü. 2009
- Import 2015: +7,6 % ggü. Vorjahr; +14,9 % ggü. 2009
- Leistungsbilanz: +0,9 % % des BIP, 2008: -12,1 %

Arbeitsmarkt

- Erwerbstätigkeit: 2015 +1,4 %; +2,8 % ggü. Tiefststand (2013), -9,9 % ggü. Vorkrisenhöchststand (2008)
- Arbeitslosenquote 2015: 12,6 %; Höchststand: 2013 16,4 %, Tiefststand: 2008 8,8 %
- Lohnstückkosten +2 % seit 2008

Staatsfinanzen

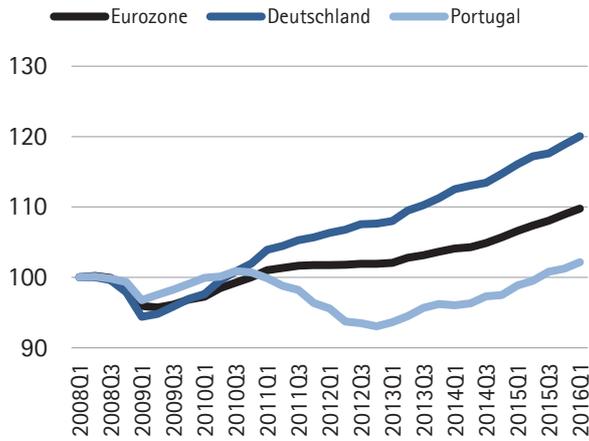
- Schuldenstand 2015: 129,0 % des BIP; Höchststand: 2014 130,2 %, Tiefststand: 2007 68,4 %
- Haushaltsdefizit 2015: -4,4 %; 2010: -11,2 %
- Ausgaben 2015: 87 Mrd. Euro; 2010: 93 Mrd. Euro
- Einnahmen 2015: 79 Mrd. Euro; 2010: 73 Mrd. Euro

Weitere Indikatoren

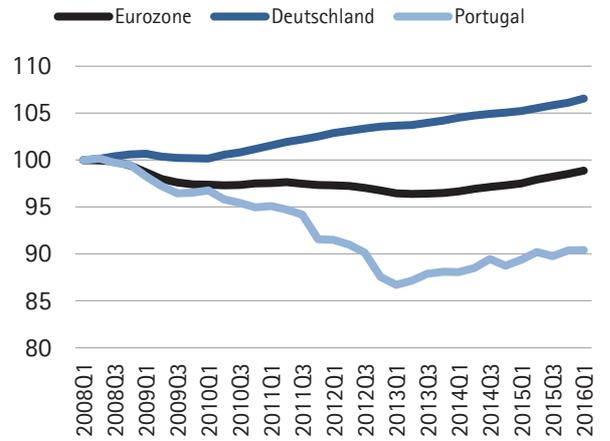
- „Doing Business Ranking“ der Weltbank: 23., 2009: 48.
- „Global Competitiveness Index“ des Weltwirtschaftsforums: 38., 2009/2010: 43.
- Industrieanteil 2015: 17,3 %, 2009: 16,1 %

Quelle: Eurostat, IMF, eigene Berechnungen

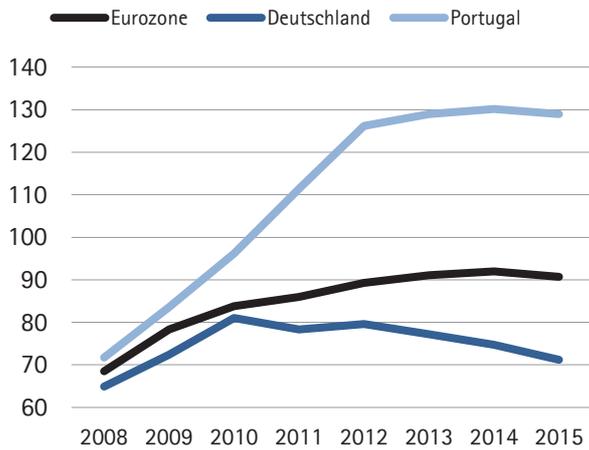
BIP-Entwicklung (2008=100)



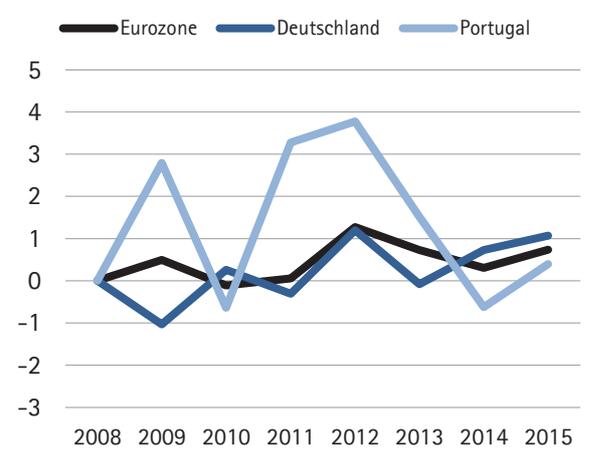
Erwerbstätige (2008=100)



Staatsverschuldung (in % des BIP)



Außenbeitrag (in % des BIP; 2008=0)



Erwerbstätige: Daten Eurozone/Deutschland saison- und arbeitstäglich bereinigt; Portugal saisonbereinigt

Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen

3. Maßnahmen:

3.1 Haushaltskonsolidierung

Ausgaben:

Öffentlicher Dienst

- Kürzungen der Pensionen um 3,5 (über 1.350 Euro) bis 40 % (bis 7.500 Euro)
- weitere Gehaltskürzungen im öffentlichen Dienst zwischen 2,8 und 8 % auf Monatslöhne über 1.500 Euro
- Reduzierung der Überstundenzulagen im öffentlichen Dienst
- Beamte und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes müssen bis 66 arbeiten
- weitere Reduzierung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst um 2 % pro Jahr
- Ausgabenkürzung für Ministerien um 10 %
- Rationalisierung der Kosten im Justiz- und Verteidigungssektor
- Einsparungsverpflichtung von mindestens 50 % bei Staatsfirmen für Reisespesen
- Reduzierung der Ausgleichszahlungen an Staatsunternehmen
- Wiedereinführung der 40-Stunden-Woche für Beamte (vorher: 35 Stunden)

Sozialsystem

- Erhöhung Renteneintrittsalter in flexibler Form von 65 auf 66 Jahre; Neuberechnung des Nachhaltigkeitsfaktors sowie weitere Sparmaßnahmen im Rentensystem
- Beendigung der Arbeitslosengeldzahlung, wenn bei zwei Benachrichtigungen Empfänger nicht erreichbar waren
- Krankenhausreform, Kostenoptimierungen im Gesundheitssektor und Verschreibungspflicht von Generika
- aber: Wiederherstellung der automatischen Inflationsanpassung der Renten

Sonstiges

- Schuldenbremse (Änderung nur mit 2/3-Mehrheit möglich)
- geplant: Sparprogramm für 2015 über 1,4 Mrd. Euro, ursprünglich waren noch 2,1 Mrd. Euro geplant.

Einnahmen:

Einführung neuer Steuern/Abgaben

- „Solidaritätsabschlagsteuer“ für vermögende Privatleute (2,5 % ab 80.000 Euro und 5 % ab 250.000 Euro Jahreseinkommen)
- zusätzliche Sonderabgabe von 3,5 % auf Einkommen natürlicher Personen
- einmalige Sondersteuer auf das Weihnachtsgeld (nur für das Jahr 2011)

Anpassung von Steuern/Abgaben

- Senkung der Körperschaftsteuer von 25 % auf 23 % am 1.1.2014; seit 1.1.2015 Senkung des Steuersatzes auf 21 %
- MwSt. von 21 auf 23 %, Streichung reduzierter Sätze, Reduzierung im Gaststätten- und Restaurantgewerbe von 23 % auf 13 %
- Erhöhung der Beiträge der Angestellten an die Krankenkasse des öffentlichen Diensts von 2,5 % auf 3,5 % seit Juni 2014.
- Abschaffung der zusätzlichen Sonderabgabe von 3,5 % auf das Einkommen von natürlichen Personen 2016 und 2017 (jeweils die Hälfte pro Jahr).
- Reduzierung des außergewöhnlichen Solidaritätsbeitrages (CES)
- Wiederherstellung der Zahlung von Zusatzrenten in Staatsunternehmen
- Einfrieren der Studiengebühren 2016

- Stempelsteuer: Erhöhung um 50 % der Stempelsteuer bei Verbraucherkrediten
- Erhöhung der Steuer um 6 Cent pro Liter bei unverbleitem Benzin und Dieseltreibstoff
- Erhöhung der Tabaksteuer
- Insgesamt ist eine generelle Steuererhöhung nicht vorgesehen. Portugal ist das Land der EU mit der zweithöchsten Besteuerung.

Verfahren zur Steuererhebung

- Neufestlegung der Einkommensteuerguppen von acht auf fünf, Erhöhung der Einkommensteuersätze
- Neubewertung der Immobilien und Erhöhung der Grundsteuer
- Automatischer Ausgleich der bestehenden Forderung zwischen Finanzamt und Steuerpflichtigen, in Fällen in denen der Staat Schuldner ist.
- Automatische Einkommensteuererklärung: Arbeitnehmer, Pensionäre und Rentner sind nicht mehr verpflichtet, die Einkommensteuererklärung einzureichen.
- Natürliche Personen können Ihre Steuern über ihr Smartphone anhand des Lastschriftverfahrens zahlen – Smartphone informiert über die Zahlungsfristen.
- Mitteilungen für Nichtansässige: Erstellung von elektronischen Ladungen und Mitteilungen anhand der Internetplattform des Finanzamts für nichtansässige Steuerpflichtige. Ein Steuervertreter ist somit nicht mehr notwendig.
- Zahlung von Zollgebühren vereinfacht: Einführung des Zahlungssystems DUC (Documento Único de Cobrança = eine einzige Zahlungsaufforderung)
- Schaffung des Statuts Online-Exporteur – Vereinfachung der bürokratische Hindernisse in diesem Bereich
- Zeitraum für steuerliche Verlustvorträge wird von 12 auf 5 Jahre reduziert
- Bekämpfung der Steuerhinterziehung und des -betrugs durch stärkere Kontrollen (direkter Zugriff der Finanzbehörde auf die Buchhaltung der Unternehmen (SAF-T) und Umstrukturierung der Finanzbehörden

Privatisierung

- Privatisierungsprogramm abgeschlossen: Verkauf von Staatsanteilen an Energieversorger EDP, Energienetzbetreiber REN, Flughafenbetreiber ANA, Mineralölkonzern GALP, Staatspost CTT, Versicherungssparte der Staatssparkasse (Caixa Seguros), Gesundheitssparte der Staatssparkasse (Caixa Saúde), Abfallunternehmen Subholding EGT, Energienetzbetreibers REN, Eisenbahnfrachtbetrieb CP-Carga und der staatlichen Fluggesellschaft TAP

3.2 Wettbewerbsfähigkeit

Arbeitsmarkt

- Arbeitszeitbegrenzung gelockert, Lohnverhandlungen auf betrieblicher Ebene sowie Einstellungen und Entlassungen erleichtert, Abfindungszahlungen gesenkt, Allgemeinverbindlichkeitserklärung reduziert
- Einführung von Arbeitszeitkonten zur Flexibilisierung
- Reduzierung des Urlaubsanspruchs von 25 auf 22 Tage
- Zuschläge für Sonn- und Feiertagsarbeit von 100 auf 50 % reduziert
- Erleichterungen beim Kündigungsschutz
- Senkung der Arbeitslosenunterstützung (Höhe und Bezugsdauer)
- Beschäftigungsoffensive (Berufspraktika für jugendliche Arbeitslose, Langzeitarbeitslose und Arbeitslose über 45, Erstattung der Arbeitgeber-SV-Beiträge bei Beschäftigung dieser Personen durch EU-Fonds, Möglichkeit der Rückerstattung von Sozialversicherungsabgaben)

- Der nationale Mindestlohn liegt seit Anfang 2016 bei 530 Euro monatlich; bis 2019 ist eine Erhöhung auf 600 Euro vorgesehen
- aber: Wiedereinführung der 4 abgeschafften Feiertagen, die 2013 abgeschafft worden sind

Finanzmärkte

- Stabilisierung des Banksektors
- Erhöhung des Zinssatzes, den Banken beim Abwicklungsfonds zahlen, von 0,085 % Erhöhung auf 0,1 %

Öffnung/Liberalisierung von Märkten für Waren und Dienstleistungen

- Liberalisierung des Mietrechts zur Förderung der Mobilität
- Liberalisierung im Energiewesen
- Reform der freien Berufe, Abbau von Eintrittsbarrieren
- neues Wettbewerbsrecht
- Liberalisierung im Transport- und Telekommunikationswesen

Verfahren/Verwaltung

- Programm für Bürokratieabbau, bürokratische Erleichterungen bei Baugenehmigungen und bei der Hafenaufbereitung im Außenhandel
- Reduzierung administrativer Barrieren bei der Lizenzerteilung, Kürzung der Bearbeitungsfristen und Paradigmenwechsel von der Kontrolle „ex ante“ zu „ex post“
- Reform des Rechtssystems: Verschlinkung des Gerichtsapparats, Reform des Zivilprozessgesetzes und Einführung neuer Streitbeilegungsalternativen
- Überarbeitung des Insolvenzrechts (Sanierungsverfahren für lebensfähige Unternehmen und Beschleunigung der Auflösung nicht lebensfähiger Unternehmen)
- Schaffung einer einzigen Anlaufstelle (Behörde oder digital) für Arbeitslose, bei der sie ihren Prozess schnell und unbürokratisch einreichen können
- "Vereinigung" der persönlichen Dokumente: Vereinigung des Personalausweises, des Führerscheins und/oder des Reisepasses. Information per SMS oder E-Mail über die Gültigkeitsdauer von Dokumenten.
- Dokumente immer zur Hand: Dokumente können online verschickt, empfangen, gespeichert oder verwaltet werden.

Unternehmensförderung, Bildung

- Verbesserungen im Bildungssystem, z. B. Förderung duale Ausbildung
- starker Ausbau der Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation
- „Goldenes Visum“ für Immobilieninvestition von 500.000 Euro oder Finanzanlage von 1 Mio. Euro oder Schaffung von Beschäftigung (mindestens 10 Arbeitsplätze). Erweiterung Februar 2015 für Investoren, die mindestens 350.000 Euro in Forschung und Kultur anlegen.
- steuerliche Investitionsanreize für neue Unternehmen („Steuerkodex für Investitionen“; Steuererleichterungen bei der Körperschaftsteuer, unter anderem in Verbindung mit Investitionen in Produktion, die Einstellung von Mitarbeitern, Einsatz moderner Technologien)
- Unterstützung und Erleichterungen für KMU (Export und Innovationen, MwSt.-Abführung erst bei Geldeingang statt bei Rechnungsstellung, Steuerabzug für reinvestierte Gewinne), steuerliche Förderung von Existenzgründern bei Export und Kapitalbasis, Bürokratieabbau
- Einführung der „Participation Exemption“ im Rahmen der Körperschaftssteuer 2014 (Vermeidung der wirtschaftlichen Doppelbesteuerung)
- Änderungen der Bedingungen der „Participation Exemption“: Höherer Anteil, weniger Zeit: Mindestbeteiligung von 10 %, damit die Befreiung genehmigt wird (vorher 5 %).
- Unterstützung der Internationalisierung
- September 2014 Gründung Förderbank IFD mit staatlichen Mittel und EU-Strukturfonds

- Verkehrsmittel mit Steuervergünstigungen im Kraftstoff: Güterverkehr, öffentliche Verkehrsmittel und Taxis können die Ausgaben für den Erwerb von Kraftstoffen in Portugal bis zu 120 % bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Ergebnisses der Körperschaftssteuer und Einkommensteuer absetzen. Dies gilt für alle Steuerpflichtigen mit einer organisierten Buchhaltung.
- Förderung des „equity crowdfunding“ und des „peer-to-peer“: Nutzung dieser zwei Möglichkeiten der Finanzierung von start-ups
- Ko-Investmentfonds für „business angels“: Förderlinien "business angels" über 60 Mio. Euro.
- Ko-Investmentfonds (matching fund) für Risikokapitalbeiträge
- Unterstützung für Unternehmer, Programm Momentum: ermöglicht einem Absolventen, der von sozialen Förderungsmaßnahmen profitiert hat, sein eigenes Unternehmen zu gründen (z. B. Räumlichkeiten für die Entwicklung seines Unternehmens, monatlicher Betrag für persönliche Kosten).
- Förderung der Anwesenheit portugiesischer Start-ups bei den größten technologischen Ereignissen
- Abschaffung der „goldenen Aktie“ (Veto-Recht des Staats bei Unternehmensbeteiligungen)
- geplant: „Industrieplan“; Regierung will Anteil der Industrie an der Bruttowertschöpfung bis 2020 auf 18 % erhöhen